

Bezirkspolitiker diskutieren über Straßennamen. Die Wissmannstraße in Grunewald soll einen neuen Namen erhalten, weil **Hermann von Wissmann** (1853 bis 1905) als Befehlshaber deutscher Kolonialtruppen brutal gegen Afrikaner vorgegangen war. Zurzeit wird ein neuer Name gesucht ([wir berichteten](#)).

Aus diesem Anlass diskutieren die Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirkspolitiker auch grundsätzlich darüber, wie sinnvoll Straßenumbenennungen sind. Stellungnahmen aller Fraktionen stehen [auf der Webseite des Bezirks](#). Der provokante Titel „Kulturelles Gedächtnis versus Änderungsaktivismus“ stammt von der AfD, die für das „Thema des Monats“ der BVV das Vorschlagsrecht hatte. Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

Christiane Timper (SPD) sieht in wechselnden Straßennamen einen „Teil unserer Stadtgeschichte“. Etwa die Hälfte der rund 800 Straßen und Plätze im Bezirk habe früher einmal anders geheißen. Nach der NS-Zeit seien vor allem Namen entfernt worden, die die Nationalsozialisten als Vorbilder installiert hatten. Aber auch die vor einigen Jahren begonnene Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Vergangenheit sei „längst überfällig“. Beispielsweise habe die Wissmannstraße ihre Bezeichnung 1898 nicht so sehr wegen Wissmanns Tätigkeit als Afrikaforscher erhalten, sondern weil er einen Aufstand der ostafrikanischen Küstenbevölkerung gewaltsam niedergeschlagen hatte.

Unter Grunewalder Anwohnern habe die CDU „trotz vielfältiger Bemühungen“ niemanden gefunden, der sich für den Namen der Wissmannstraße interessiere, schreibt Fraktionsmitglied **Daniel Sternasky**. Stattdessen sei man gefragt worden, „ob wir nichts Wichtigeres bzw. Besseres zu tun hätten“. Also nehme die CDU „den klaren Auftrag mit, andere Prioritäten zu setzen“ und sich Themen zu widmen, „von denen alle Einwohnerinnen und Einwohner wirklich betroffen sind“.

„**Die Politik hat bisher wenig getan**“, kritisiert die Grünen-Verordnete **Jutta Boden**. Für Gleichberechtigung und Respekt im öffentlichen Raum hätten sich vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen eingesetzt. Die Umbenennung der Wissmannstraße könne „nur der Auftakt sein für die notwendige Dekolonisierung“. Berechtigte Fragen nach der Kontinuität des Kolonialismus und der aktuellen Verantwortung für Ausbeutung und Unterdrückung würden „zu oft ignoriert“. Die Diskussion um Museen, Denkmäler oder Straßen spiegele wider, „wer wir sind und was wir denken“.

Eine zusätzliche Informations-Stele zur „kritischen Betrachtung nach heutiger Sichtweise“ würde mehr aufklären als ein neuer Name auf dem Straßenschild, findet **Stephanie Fest** (FDP) im Hinblick auf die Wissmannstraße. Die Identität eines Stadtviertels werde auch durch Straßennamen bestimmt, die „ein kulturelles Gedächtnis“ darstellten. Im positiven Sinne gelte dies für das „Historikerviertel mit Mommsen, Droysen, Dahlmann und Anderen“. Typisch für den Bezirk seien aber auch Namen, die auf Gebietsverluste des Deutschen Reiches hinweisen – so etwa die Angerburger Allee, die an die ehemals ostpreußische Stadt Angerburg (im heutigen Polen: Węgorzewo) erinnert. Personen, die „in Wort und Schrift antisemitisches und völkisches Gedankengut hinterlassen haben“, müsse man kein ehrendes Andenken bewahren. Problematisch werde es, wenn der Namenspatron wie Hermann von Wissmann „eine schillernde, ambivalente Persönlichkeit war“.

Straßennamen markierten das „politische Wertgefüge“ der Regierenden, betont **Michael Seyfert** (AfD). Dabei bilde das „links-grüne Berliner Multikulti-Regime“ keine Ausnahme. Seine Fraktion lehne „ideologisch begründete“ Umbenennungen ab. Hermann von Wissmann habe in Afrika militärische Aktionen geführt, sich aber auch gegen Sklaverei gewandt. „Wohl oder übel“ gehöre die Kolonialzeit zum kulturellen Gedächtnis der Deutschen. Eine „kritisch-historische Aufarbeitung“ sei mit Extra-Tafeln möglich. In der Wissmannstraße haben Unbekannte die Schilder mit roter Farbe beschmiert. Trotz fehlender Beweise rechnet Seyfert dies den Mehrheitsfraktionen im Bezirk zu und schreibt von einem „rot-grünen Rechtsbruch“.

Die geplante Umbenennung der Wissmannstraße geht auf einen [Antrag der Linksfraktion](#) zurück. Wer die Ehrung von „Kolonialverbrecher:innen und Rassist:innen“ verteidige, „ignoriert bewusst den gesellschaftlichen Diskurs der vergangenen 60 Jahre“, meint die Bezirksverordnete **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** (Linke). Das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft müsse sich verändern, sonst „droht geistiger Stillstand“. Eine „breite Mehrheit“ fordere den kritischen Umgang mit dem kolonialen Erbe Deutschlands. Auch in der Wissmannstraße solle darüber informiert werden, selbst wenn diese künftig einen anderen Name trage. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit „schafft Bewusstsein für begangenes Unrecht und blickt nach vorn“.